

Dezernent Schmitz gab einen Überblick über den Sachstand der strategischen Sozialplanung. Die strategische Sozialplanung habe im Rhein-Sieg-Kreis ihren Anfang im November 2016 gefunden. Es gebe die Arbeitsgruppe Strategische Sozialplanung mit Vertretern der verschiedenen politischen Parteien, der Städte Siegburg, Lohmar, Bornheim und der Gemeinde Ruppichteroth sowie der Wohlfahrtsverbände Caritas, Diakonie und Arbeiterwohlfahrt und Vertretern der Verwaltung.

Die Arbeitsgruppe habe bereits zweimal unter der Beteiligung und Mitarbeit der Fachstelle für sozialraumorientierte Armutsbekämpfung (FSA), die die beiden Sitzungen auch moderiert habe, getagt. Es seien bereits viele Themen mit der Fragestellung, wie eine strategische Sozialplanung aussehe, aufgearbeitet worden. Hierbei sei es um die Grundlagen gegangen, ob es eine Früherkennung sozialer Herausforderungen sein solle und wie die interkommunale Vernetzung aussehe. Es sei auch die Frage gestellt worden, ob mit einer strategische Sozialplanung grundsätzlich eine Stärkung der Sozialpolitik erreichen werden könne.

Da es keine einheitliche Definition von Sozialräumen gegenüber Planungsräumen gebe, habe die FSA in der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe dargestellt, wie sich ein Sozialraum aus ihrer Sicht darstelle. Es sei besprochen worden, welche räumlichen Aufteilungen es bereits gebe. Da gebe es zum Beispiel bereits die politischen Aufteilungen und Aufteilungen, die die Jugendhilfe für ihre Bedarfsplanung nutze. Weiter sei eine Sammlung der Themen durchgeführt worden, die in der Planung bearbeitet werden sollen. Hierbei sei darauf geschaut worden, welche Probleme kurzfristig drängten und wie eine Vorgehensweise aussehen könne.

Dezernent Schmitz bot an, bei Interesse eine Zusammenfassung der Protokolle der beiden Sitzungen nachzureichen. Das Angebot stieß auf allgemeine Zustimmung. Die Zusammenfassung ist dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

Dezernent Schmitz führte weiter aus, dass er die Sozialraumplanung weiter nach vorne bringen wolle. Ein erster Schwerpunkt sei, Datenmaterial zu sammeln. In der Verwaltung würden bereits Controllingssysteme aufgebaut. Die Daten müssten so generiert werden, dass man daran erkennen könne, was in den 19 Kommunen tatsächlich vorgehe. Der Prozess werde aber noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Als nächstes solle nun geschaut werden, was an Daten bereits vorhanden ist. Hiernach sollten auch nochmal die Erwartungen der Politik betrachtet werden. Er plane Antrittsbesuche in den 19 Kommunen und sich mit den Sozialdezernentinnen -dezernenten bzw. den Sozialamtsleitungen zu treffen, um zu erfahren, was dort in den einzelnen Bereichen geplant sei. Einige Kommunen hätten schon Sozialplaner eingestellt. Er benötige außerdem Informationen seitens der Wohlfahrtsverbände.

Er plane, die Ergebnisse dieser Gespräche im Sommer 2018 in einem Masterplan zusammenzufassen, den er voraussichtlich in der Septembersitzung des Ausschusses vorstellen wolle. Der Plan solle schon konkrete Vorstellung enthalten, wie die Sozialraumplanung weiterentwickelt werden könne und mit welchen Elementen die Verwaltung mit gestalten könne. Unabhängig davon mache die Sozialraumplanung aber nicht zuletzt wegen der erforderlichen personellen Ressourcen auch einen nicht unerheblichen Teil im Rahmen des

Umsetzungskonzeptes zur Organisationsuntersuchung im Sozialamt aus. An dieser Stelle dankte er nochmal den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die bisher geleistete Arbeit.

Der Ausschuss nahm die Ausführungen des Dezernenten ohne Nachfragen zur Kenntnis.